

INFORMATIONEN – NACHRICHTEN – MITTEILUNGEN

POLIZEI REPORT

G 6818
ISSN 0937-5341

Nr. 119
März 2014



BEZIRKSGRUPPE MITTELHESSEN IN DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI,
UND DER PSG POLIZEI SERVICE GESELLSCHAFT MBH HESSEN

INFORMATIONEN NACHRICHTEN MITTEILUNGEN



Andreas Grün

Koalitionsvertrag geht an der Polizei vorbei

Der Koalitionsvertrag zwischen der CDU und Bündnis 90/Die Grünen ist ein Schlag ins Gesicht der hessischen Polizei. Alleine die Absicht, Stellen auch im bisher geschützten Bereich der Polizei streichen zu wollen, geht an der Lebenswirklichkeit vorbei und konterkariert die tatsächliche Situation in den Dienststellen.

Schon jetzt arbeiten die Polizistinnen und Polizisten personell am absoluten Limit. Eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie findet für viele Kolleginnen und Kollegen einfach nicht mehr statt, weil sie auf Grund von personellen Ausfällen und dadurch notwendigen Zusatzdiensten kaum noch aus der Uniform kommen. Ständige Überlastung im täglichen Dienst auf Grund fehlenden Personals ist zur bitteren Realität geworden. Eine immens hohe Krankenrate, rund 1300 Kolleginnen und Kollegen die nur noch eingeschränkt dienstfähig sind und die für die besonders belastenden Dienste nicht mehr zur Verfügung stehen, sind die beklagenswerten Ergeb-

POLIZEI REPORT

Vorwort	3
Die Polizei braucht Rückhalt	7
Klausurtagung BG Mittelhessen	11
Quadratur des Kreises	15
Jahresvorschau PPG Butzbach	16
25. Landesdelegiertentag	17
Blitzeraktionismus	19
Kladden für die Kripo	20
Fachvortrag DRModG 2	20
Frauenbeauftragte in Mittelhessen	21
Hessische Polizei verliert	23
Versetzungen / Umsetzungen	25
Gewalt gegen Polizei	27
BKA Vortrag Prof. Dr. Stock	29
Fortbildung Psychosoziale Krankheiten	31
DoKo Turnier der KG Gießen - Wetzlar	33
Ausflug der KG Dillenburg / Herborn	35
Ausflug der KG Marburg - Biedenkopf	37
Jahresabschlussfeier PPG Butzbach	38

Zum Titelbild: 6. Bauabschnitt Neubau Polizeipräsidium Mittelhessen

nisse von anhaltender Überlastung. Auch dem Überstundenberg von rund 3,5 Millionen Überstunden ist nur eine Aussage zuzuordnen: „Die hessische Polizei leidet dramatisch an Personalmangel“ Wer hier tatsächlich mit dem Rotstift zusätzlich Streichungen vornimmt, der handelt in einem hohen Maße verantwortungslos und verkennt völlig die ernste Lage der hessischen Ordnungshüter.

In die gleiche Richtung gehen die Forderungen nach einer Absenkung der Beihilfeleistungen. In einer Zeit, in der wir in Hessen binnen zwei Jahren eine Steigerung der Gewalt gegen die Polizei um 36 % hinnehmen müssen und wir bedingt durch die hohen Belastungen im Dienst eine gegenüber anderen Berufen deutlich höhere Krankenrate haben, kommt die geplante Kürzung im gesundheitlichen Fürsorgebereich wie ein

Titelbild

Schlag ins Gesicht derer, die jeden Tag für diesen Staat im wahrsten Sinne des Wortes ihren Kopf hinhalten. Wenn die neue Landesregierung die Beihilfe auf das Niveau anderer Bundesländer absenken will, dann ist das nur die halbe Wahrheit.

In Nordrhein-Westfalen genießen alle Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten freie Heilfürsorge durch den Staat. So kann staatliche Fürsorge auch aussehen, wenn man den immer schwereren Dienst der Polizei wertschätzt und die tatsächlichen gesundheitlichen Belastungen derer, die den Staat schützen, anerkennt.

Die Deckelung der Besoldungsanpassung mit einem Leerjahr in 2015 und ab 2016 nur noch 1 % jährlich ist ebenfalls der stehende Beweis fehlender Wertschätzung für die Arbeit der Polizei. Dadurch fallen wir deutlich unter die Inflationsrate und werden somit einer realen Lohnkürzung zugeführt. „Beamtenrecht folgt Tarifrecht“- dieser Grundsatz wird in Hessen mit der Ankündigung der Besoldungsdeckelung ein zweites Mal

gebrochen. Man könnte auch sagen: Die Koch'sche Gutsherrenmentalität gefällt nun auch den Grünen. Die Grünen waren es auch, die auf eine Kennzeichnungspflicht im Einsatz bestehen.

Boris Rhein: „Mit mir wird es keine weitere Kennzeichnungspflicht geben“... so der Innenminister noch im Juni 2013 zu den Plänen von Bündnis90/Die Grünen.

Durch die Einführung der Namensschilder entfernt sich der Staat einen weiteren Schritt von seiner Polizei. Ein weiterer Baustein einer unsensiblen Führungskultur und nicht nur ein symbolischer Akt, der den Respekt gegenüber der Polizei weiter sinken lassen wird. Die Polizei wird vollkommen ohne Not und ohne Grund in eine Ecke gestellt, in die sie nicht gehört. Die Kennzeichnungspflicht ist ein Ausdruck von Misstrauen. Kritisierte Polizisten wurden bislang noch immer ermittelt. Die Gewerkschaft der Polizei sieht durch eine Zwangskennzeichnung insbesondere auch das Recht auf

informationelle Selbstbestimmung des betroffenen Beamten verletzt. Viel Gutes steht nicht im Koalitionsvertrag der neuen hessischen Landesregierung in Bezug auf die Polizei. Gerade die dringendsten Probleme wie Personalmangel, Belastungsanalyse, hohe Krankenrate und fehlende Beförderungsmöglichkeiten wurden völlig ausgeblendet oder sind der Schuldenbremse sang- und klanglos zum Opfer gefallen. Eine Politik des Stillstandes und des Rückschrittes wird die bestehenden Probleme bei der Polizei weiter verschärfen. Davor warnen wir eindringlich seit geraumer Zeit.

Die GdP hofft, dass unser neuer Innenminister Peter Beuth die Lage richtig einschätzt und sich im Kabinett durchsetzen kann. Die GdP wird zeitnah das Gespräch mit Peter Beuth suchen und ihn umfänglich über die tatsächliche Situation bei den Ordnungshütern in Hessen informieren.

**Ihr /Euer
Andreas Grün**

Achtung Vorankündigung

Am Samstag, dem 6. September 2014, veranstaltet die GdP Bezirksgruppe Mittelhessen eine Tagesfahrt nach Frankfurt.

Wir werden mit einem Reisebus in die hessische Metropole fahren.

Das genaue Programm geben wir im nächsten REPORT – Ausgabe Juni 2014 – bekannt.

Den Termin bitte schon mal vormerken.



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen

der Bezirksgruppe Mittelhessen
der Gewerkschaft der Polizei und der
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

Für Mittelhessen mit den Landkreisen Gießen –
Lahn-Dill – Marburg-Biedenkopf – Wetteraukreis

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg Bruchmüller
(Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,
Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Oliver Jochum, Stephan Buschhaus

Redaktion/Redaktionsanschrift:

Konrad Jänicke (V.i.S.d.P.)
Andreas Grün
Gewerkschaft der Polizei, BZG Mittelhessen
Ferniestraße 8, 35394 Gießen

Druck und Verarbeitung: NK-Vertrieb GmbH, Abt.
NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.
Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 0937-5341)

DIE POLIZEI BRAUCHT MEHR RÜCKHALT – POLITISCH WIE INTERN

VIELE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN FÜHLEN SICH ALLEINE GELASSEN

Seit einigen Jahren beklagen wir eine unsensible und verbesserungswürdige Führungskultur innerhalb der hessischen Polizei. Viele, die in der hessischen Polizei in vorderster Verantwortung stehen, reduzieren diese Kritik allzu oft darauf, dass wir damit alleine ein dirigistisches und autoritäres Vorgesetztenverhalten unterstellen. Das wäre aber viel zu kurz gegriffen, denn es geht dabei um mehr als um das Vorgesetztenverhalten. Gleichwohl werden aber auch immer wieder Fälle an uns herangetragen, die ein solches negatives Verhalten von Vorgesetzten beklagen. Diese Fälle werden von der GdP aber nicht vereinheitlicht, sondern immer differenziert und kritisch begleitet. Uns ist sehr wohl bekannt, dass ein großer Teil der Führungskräfte der hessischen Polizei mit einem hohen Maß an Personal- und Sozialverantwortung führt.

Um was geht es uns? Es geht darum, dass sich in den letzten Jahren innerhalb der Polizei innerdienstliche Strukturen und Abläufe zum Negativen hin verschoben haben.

Waren früher Beschädigungen von Einsatzmaterial, Funkwagen oder auch einmal eine Falschbetankung im täglichen Dienst abgedeckt, so wird heute beinahe bei jedem auch nur annähernd regressfähigen Fall die Regresspflicht stringent geprüft und auch abverlangt.

Auch die beklagenswerte Praxis, dass bei Dienstunfällen von älteren Kolleginnen und Kollegen fast immer degenerative und altersbedingte Vorschädigungen die Anerkennung von Dienstunfällen verhindern, ist für sich betrachtet ein nicht akzeptabler Umstand fehlender staatlicher Fürsorge für diejenigen, die im Dienst ihre Gesund-



Die Polizei ist immer da, wenn sie gebraucht wird. Deshalb braucht sie mehr politischen Rückhalt statt staatliches Misstrauen.

heit für die Allgemeinheit riskieren. Vorwürfe und Beschwerden über polizeiliches Einschreiten von Kolleginnen und Kollegen werden viel zu schnell reflexartig an die Abteilungen Verwaltung abgegeben, anstatt die oft genug völlig haltlosen Vorwürfe nach eingehender Erörterung zwischen dem Betroffenen und dem Dienststellenleiter zu den Akten zu legen. Damit aber Eines gleich klargestellt ist: Wir wollen mit diesem Beitrag nicht grobes Fehlverhalten generell amnestieren, sondern für einen dringend notwendigen sensibleren Umgang mit den Fall-

stricken im täglichen Dienst werben.

Aber auch der behördliche Rechtsschutz trägt, wie er in den Behörden gehandhabt wird, zu einer sehr negativen Führungskultur bei.

Wenn ein Kollege oder eine Kollegin in Ausübung ihres Dienstes angezeigt wird, so sollte nach vorheriger wohlwollender Prüfung des Sachverhaltes behördlicher Rechtsschutz die Standardreaktion der Behörde sein. Und zwar ohne finanzielle Selbstbeteiligung oder



Polizei 2014 – Ein Job am Limit braucht Rückhalt

andere bürokratische Hindernisse. Während die Gewerkschaft der Polizei Unsummen von Geld für Rechtsschutz in die Hand nimmt, um den Kolleginnen und Kollegen zu ihrem Recht zu verhelfen, ducken sich die Behörden in den meisten Fällen weg und entziehen sich ihrer eigentlichen Verantwortung. Bei Licht betrachtet ist es eine Schande, wie mit denen umgegangen wird, die im täglichen Dienst ihren Kopf für diesen Staat hinhalten und sich nicht aussuchen können, wo sie dieser Staat hinschickt und mit welchen Situationen sie konfrontiert werden.

Verallgemeinert könnte man auch sagen, der tägliche Dienst steht nicht ansatzweise mehr im „abgesicherten Modus“.

Misstrauen und fehlender politischer Rückhalt verunsichern die Kolleginnen und Kollegen zusehends und sind Wegbereiter einer sich immer weiter reduzierenden Vertrauenskultur.

Aus vielen Gesprächen wissen wir, dass sich die meisten Polizistinnen und Polizisten im täglichen Dienst zu sehr fremdbestimmt fühlen. Dass ihnen die Kennzahlenlastigkeit und das Erbringen von Zielvereinbarungen fast jede Möglichkeit der Eigeninitiative nimmt und dadurch die Berufszufriedenheit und Motivation immer weiter absinken.

Dies ist eine Steuerungs- und Kennzahlenmentalität, die nach wie vor in einem hohen Maß für Verdruss sorgt.

Auch die geplante namentliche Kennzeichnungspflicht von Polizisten im Einsatz trägt mitnichten zu einer Verbesserung der Führungskultur bei. Es besteht keine Not, von der momentanen freiwilligen Variante abzurücken.

Die Kennzeichnungspflicht im Einsatz ist ein ganz besonderer Ausdruck von staatlichem Misstrauen und ein zusätzlicher Baustein einer unsensiblen politischen Fürsorgeverantwortung. Genau in dieser Frage haben besonders Bündnis 90/Die Grünen aufs Gaspedal gedrückt und ihr unsensibles Misstrauen gegenüber der hessischen Polizei zum Ausdruck gebracht.

All diese negativen Veränderungen in den letzten Jahren haben dazu geführt, dass sich die Kolleginnen und Kollegen mehr und mehr von der Politik alleine gelassen fühlen und sich fragen: Steht der Staat noch uneingeschränkt hinter seiner Polizei? Spätestens wenn sich Kolleginnen und Kollegen diese Frage stellen, ist die Frage, wie es um die Führungskultur bei der hessischen Polizei bestellt ist, beantwortet.

Im Januar hat es in Hessen den politischen Neustart einer schwarz/grünen Landesregierung gegeben. Wir hoffen, dass dies auch für die hessische Polizei ein Neustart der Kultur des Umganges und des politischen Rückhaltes sein wird.

Andreas Grün



Großeinsätze werden auch zunehmend zu einer logistischen Herausforderung für die Polizei.

AUSRICHTUNG DER BEZIRKSGRUPPE FÜR 2014

KLAURTAGUNG DES VORSTANDES LEGT SCHWERPUNKTE FEST



Der Vorstand der GdP Bezirksgruppe Mittelhessen

Der Vorstand der GdP Bezirksgruppe Mittelhessen traf sich zu Beginn des neuen Jahres zur traditionellen Jahresklausur. Unsere Tagungsstätte war diesmal die Bildungsstätte des deutschen Gartenbaues in Grünberg.

Vorsitzender Andreas Grün konnte bis auf wenige Ausnahmen den gesamten Vorstand in Grünberg begrüßen. Er berichtete von aktuellen gewerkschaftlichen Themen auf Landes- und Bundesebene. Allen voran die Landtagswahl und die daraus resultierende neue hessische Landesregierung. Auch der Koalitionsvertrag von CDU/Bündnis90 Die Grünen wurde einer intensiven Bewertung unterzogen. Insbesondere der Bereich „Innere Sicherheit“ wurde intensiv diskutiert.

Einig war man sich, dass eine im Raume stehende Personalreduzie-

rung bei der Polizei unweigerlich zum Kollaps führen wird. Schon jetzt melden fast alle Dienststellen „Personalnot“ und ein Arbeiten am absoluten Limit. Die daraus erwachsenen gesundheitlichen Risiken sind nicht mehr wegzudiskutieren und müssten auch den verantwortlichen Politikern im Innenresort bekannt sein.

Sehr kritisch wurde die geplante und auch im Koalitionsvertrag niedergelegte Änderung der Beihilfeverordnung gesehen.

Wenn sich das Land Hessen in Zeiten zunehmender Respektlosigkeit und Gewalt gegen die Polizei im gesundheitlichen Fürsorgebereich seiner Verantwortung ein weiteres Stück entledigen will, so ist dies ein weiterer Baustein einer unsensiblen Führungskultur. Intensiv wurde auch die Möglichkeit der Einfüh-

rung der freien Heilfürsorge für Polizeivollzugsbeamte beraten.

In Nordrhein-Westfalen beispielsweise erhalten alle Polizeivollzugsbeamten freie Heilfürsorge bis einschließlich A16. In Hamburg hat die Bürgerschaft nach den schweren Krawallen im Hamburger Schanzenviertel die Einführung der freien Heilfürsorge für Polizeivollzugsbeamte im letzten Monat beschlossen.

Wenn im hessischen Koalitionsvertrag zu lesen ist, dass die Beihilfe-



Holger Schmidt, Harald Dobrindt

regelung anderen Bundesländern angepasst werden soll, dann sollte unser neuer Innenminister Peter Beuth aber auch den Blick auf Nordrhein-Westfalen und Hamburg richten.

Ab dem Jahr 2014 werden wir allen Kolleginnen und Kollegen, die Mitglied in der GdP sind und Nachwuchs bekommen haben, einen Willkommen-Strampler der GdP für ihr Baby überreichen.

Außerdem will die Bezirksgruppe Mittelhessen ein Vertrauensleute – Seminar durchführen bei dem vorwiegend junge Kolleginnen und Kollegen zum Zuge kommen sollen. Hierzu ist eine Vorbereitungsveranstaltung im Limes Camp der Bereitschaftspolizei in Lich vorgesehen. Das Vertrauensleutekonzept Mittelhessen soll damit grundlegend neu geordnet werden. Gleichzeitig werden wir versuchen, in dieses Konzept eine Neuorganisation der Jungen Gruppe Mittelhessen einzuarbeiten.



Außerdem wird auf Kosten der Bezirksgruppe eine Informationsveranstaltung „Dienstrechtsmodernisierungsgesetz II“ im Saal Florenz durchgeführt. Ab dem 1. März 2014 greift das neue Dienstrecht in Hessen und viele Kolleginnen und Kollegen sind noch nicht über alle die Änderungen und Auswirkungen informiert. Ein Service der GdP Mittelhessen für unsere Mitglieder – natürlich kostenlos!

Am 6. September dieses Jahres ist eine Tagesfahrt nach Frankfurt geplant. Es ist vorgesehen, auf dem Frankfurter Flughafen eine geführte Besichtigung der Lufthansa durchzuführen. Danach geht es in die Innenstadt nach Frankfurt, wo wir dem Hessischen Rundfunk im Maintower einen interessanten Besuch hoch über der Mainmetropole abstatten werden. Den Abschluss begehen wir in Sachsenhausen im Gemalten Haus. Andreas Grün informierte noch über die geplanten Seminare des Landesbezirks. Der gesamte Seminarbereich wird künftig von Stefan Ruppel und Peter Wittig betreut. Über den aktuellen Stand und das Angebot kann man sich auf der GdP Homepage im Internet regelmäßig informieren. Folgende Seminare sollen auf Landesebene angeboten werden:



Georg Otto, Vorsitzender des Landesbezirkskontrollausschuss

Auch die Seniorengruppe hat vor die eine oder andere Veranstaltung in 2014 durchzuführen. Dabei geht es um die Themengebiete Beihilfe – Versorgung-Vererben. Landesseniorenvorsitzender Harald Dobrindt machte darauf aufmerksam, dass es noch in diesem Jahr ein neues „APS“ – Aktivprogramm Senioren geben wird. Wir werden in unserem Report in einer der nächsten Ausgaben darüber berichten.

- **Fahrsicherheitstraining für Auto / Motorrad**
- **EDV Seminare**
- **Religion und Tradition**
- **Worklive-Balance Seminar**
- **Seniorensseminar**
- **Datenschutzseminar**
- **HPVG Seminar**
- **HSOG Seminar**
- **Führungskräfte-seminar-gesundes Führen**
- **Vorbereitung Auswahlgespräch/Casting**
- **Arbeiten in GdP Vorständen**
- **Seminar Redakteure REPORT / DP**



DIE QUADRATUR DES KREISES

HESSISCHER KOALITIONSVERTRAG BELASTET DIE POLIZEI

Der von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen unterzeichnete Koalitionsvertrag wird der tatsächlichen Lage der Polizei in Hessen nicht ansatzweise gerecht. Auf den Seiten 38 – 40 sind 19 Punkte aufgeführt in welchen Bereichen die Arbeit der Polizei weiter optimiert und ausgebaut werden soll. Unter anderem heißt es da: Länderübergreifende Zusammenarbeit ausbauen, das Programm „Schutzmann vor Ort“ ausbauen, ein Aktionsbündnis „Sicherheit in Bussen und Bahnen“ schaffen, Präventionsmaßnahmen für Senioren weiterentwickeln, energische Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution, präventive und repressive Maßnahmen zur Bekämpfung der Cyberkriminalität ergreifen, Kompetenzzentren Internetkriminalität schaffen, Ausweitungen bei der Bekämpfung Rechts-, Links- und islamistischen Terrorismus. Soweit, so gut. Auf derselben Seite ist aber auch zu lesen: „Der Schutz vor Kriminalität kann nur dann geleistet werden, wenn die Polizei mit den wandelnden Ausprägungen von Kriminalität schritthält“. Dazu ist festzustellen, dass die Polizei schon jetzt in bestimmten Deliktsbereichen völlig unterbesetzt ist. Am Beispiel Wohnungseinbruchdiebstahl wird dies besonders deutlich. Eine Aufklärungsquote von gerade mal 20 % in Hessen belegt nachhaltig,



Innenminister Peter Beuth

(Foto: CDU Hessen)

dass gerade in diesem höchst sensiblen Bereich schon jetzt enormer Personalmangel herrscht. Prof. Pfeiffer vom kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen hat schon vor geraumer Zeit auf die Abhängigkeit von Personalausstattung und Effizienz bei der Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls hingewiesen. Aber auch in anderen Deliktsbereichen wie z.B. der Cyberkriminalität mit all ihren Ausprägungen fehlt es schon heute an Fachpersonal, um diesem Phänomen ausreichend begegnen zu können. Was die Polizei also braucht, ist dringend mehr Personal. Auch und gerade vor dem Hintergrund der Aussagen dieses Koalitionsvertrages, der einen weiteren Ausbau der polizeilichen Tätigkeiten vorsieht und gleichzeitig 1800 Stellen in der Landesverwaltung streichen will. Ausgenommen sind nur die Lehrer. Wer bei der Polizei in Hessen Stellen streichen und gleichzeitig die Arbeit ausweiten will, der versucht die Quadratur des Kreises. Schon jetzt fährt der gesamte Apparat auf der Felge. 3,5 Millionen Überstunden, 1300

nur noch eingeschränkt dienstfähige Kolleginnen und Kollegen sowie eine extrem hohe Krankenrate sind der stehende Beweis für dauerhafte massive Überlastung. Wir sind gespannt, wie sich unser neuer Innenminister Peter Beuth positioniert. Hinzu kommt noch eine nach wie vor steigende Gewalt gegen die Polizei. 36 % Zunahme der Gewalt gegen Polizeibeamte in zwei Jahren sind der traurige Beweis von zunehmender Respektlosigkeit und Aggressivität gegenüber denen, die diesen Staat schützen. Alleine was sich vor den Weihnachtsfeiertagen im Hamburger Schanzenviertel an Gewalt gegen die Polizei abgespielt hat, muss als neue Dimension der Eskalation und Brutalität verstanden werden. Die Polizei braucht dringender denn je uneingeschränkten politischen Rückhalt. Dazu gehört auch, dass endlich ohne Wenn und Aber anerkannt wird, dass wir keine Stellenstreichungen mehr verkraften können. Selbst bei den gesundheitlichen Rahmenbedingungen will die neue Landesregierung den Ordnungshütern in



[Hier gehts zum Koalitionsvertrag](#)

die Parade fahren. Die Rede ist von einer Absenkung der Beihilfe, der staatlichen Beteiligung zur Krankenversicherung der Beamten. Am Ende werden die Polizistinnen und Polizisten deutlich mehr Krankenversicherungsbeiträge zahlen müssen, weil der Staat seinen Anteil an der Krankenversicherung einseitig reduziert. Ein harter Schlag ins Gesicht derer, die jeden Tag im wahrsten Sinnen des Wortes ihre Haut für diesen Staat zu Markte tragen und sich einer ständig zunehmenden Gewalt ausgesetzt sehen. Als I-Tüpfelchen ist dann noch die im Koalitionsvertrag niedergelegte Abkopplung von den allgemeinen tariflichen Lohnentwicklungen anzusehen. Wertschätzung für die

Polizei sieht wahrlich anders aus! Wenn die neue Landesregierung nun zusätzliche Aufgaben von der Polizei einfordert und gleichzeitig Stellen streicht, wird es unweigerlich zum Kollaps kommen. Schon einmal hat die Landesregierung unter Ministerpräsident Roland Koch in den Jahren 2007 und 2008 im Rahmen der „Operation Sichere Zukunft“ Stellen bei der Polizei gestrichen. Innenminister Boris Rhein gestand auf dem Landesdelegierten-tag der GdP im Jahre 2010 ein, dass dies ein großer Fehler gewesen sei, von dem sich die Polizei in Hessen bis dato nicht erholt hätte. Das an allen Ecken und Enden fehlende Personal musste in den darauffolgenden Jahren wieder zusätzlich eingestellt werden.

Nun steht zu befürchten, dass durch die gleichen Akteure der gleiche Fehler ein zweites Mal begangen wird. Innere Sicherheit ist ein hohes Gut. Die Polizei darf nicht zum Spielball von koalitionspolitischem Kompromisszwang werden. Die Polizistinnen und Polizisten, die jeden Tag und jede Nacht, auch Weihnachten und Silvester, ihren immer schwerer werdenden Dienst leisten, haben einen Anspruch auf eine angemessene Personalausstattung, die sie aus der Überlastung führt und neben dem belastenden Dienst auch ein anständiges Familienleben zulässt.

Andreas Grün

PPG BUTZBACH

Jahresvorschau 2014

Dienstag, den 08. April 2014, 15.00 Uhr „Zum Adler“ in Gambach – B i n g o mit Frühlingspreisen.

Dienstag, den 17. Juni 2014, 11.30 Uhr „Erlebnis auf dem Erdbeerhof in Gambach“

Spargel + Schinken mit Salat, a. W. auch Hackbraten oder Schnitzel. Besichtigung der Erdbeerfelder mit Erdbeeressen sowie Führung durch den Betrieb. Dem folgen Kaffee mit Erdbeerkuchen und bei schönem Wetter kleiner Spaziergang mit Alfred Metzger zu den Bienenstöcken in die Wingerten. Es besteht wieder die Mitfahrgelegenheit mit dem Traktor mit Anhänger mit bequemem Ein- und Aussteigen!

Dienstag, den 05. August 2014 – Besuch der Licher Brauerei

Abfahrt 12.00 Uhr PAST Butzbach, 12.15 Uhr Gambach B 488, Edeka Markt.

Erstes Ziel ist Kloster Arnsburg mit hochinteressanten Führung durch das Kloster. Lockere Kaffee u. Kuchenzeit, dann Weiterfahrt zur Licher Brauerei. Hier 60minütige Führung mit Umtrunk, Heimfahrt 18.00 Uhr. Anmeldung erforderlich.

Dienstag, den 14. Oktober 2014, 15.00 Uhr, Gasthaus „Zum Adler“, Gambach – B i n g o und Apfelfest mit Besuch im Kuhstall. Natürlich mit Kaffee, Streusel-, Petz- und Apfelkuchen

Dienstag, den 09. Dezember 2014, 11.30 Uhr Gasthaus „Zum Adler“, Gambach, Weihnachtsfeier mit Gänseessen, Keule oder Brust und vielen schönen Vorträgen – Anmeldung erforderlich



„Wir nennen es Beratung auf Augenhöhe.“

Unsere partnerschaftliche Beratung ist der erste Schritt für Ihre individuelle Absicherung, Vorsorge oder Zukunftsplanung. Ihre persönlichen Wünsche und Bedürfnisse analysieren wir, um die beste Lösung für Ihren Bedarf zu entwickeln. So erhalten Sie in jeder Lebenssituation exakt Ihren individuellen Versicherungsschutz. Nicht mehr und nicht weniger. Zurich HelpPoint. Weil Sie uns wichtig sind.

Filialdirektion Peter Gröbl
Heinrich-Neeb-Strasse 17, 35423 Lich
Telefon 06404 61282
Fax 06404 65532

ZURICH®

25. LANDESDELEGIERTENTAG IN MARBURG

VOM 8. - 10. APRIL 2014 FINDET IN MARBURG DER 25. ORDENTLICHE DELEGIERTENTAG DER GdP HESSEN STATT



Das neue Kongresszentrum Marburg. Hier findet der 25. Landesdelegiertentag statt.



Die Bezirksgruppe Mittelhessen wird mit 32 Kolleginnen und Kollegen in Marburg vertreten sein.

Über 140 Anträge sind bereits durch die Antragsberatungskommission gegangen und werden am Landesdelegiertentag zur Abstimmung kommen. Aus allen Bereichen, wie Tarif, Wachpolizei, Kriminalpolizei, Schutzpolizei, von den Personen-

gruppen und der Bereitschaftspolizei wurden Anträge für diesen 25. Landesdelegiertentag eingereicht. Der Delegiertentag findet im neuen Kongresszentrum Marburg statt. Die Kreisgruppe Marburg wird die Betreuung der Delegierten vor Ort übernehmen.

Das Motto des Landesdelegiertentages ist diesmal: **„Der Mensch steht im Mittelpunkt – mit Sicherheit“** Ein passendes Motto in Zeiten einer von Kennzahlenlastigkeit geprägten Arbeitswelt. So wie der Mensch immer im Mittelpunkt unseres Handelns stehen muss, so wichtig ist natürlich auch die

Sicherheit – die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land, welche die Polizei garantieren muss und wozu sie die entsprechenden Rahmenbedingungen der Politik benötigt. Dies alles wollen wir in Marburg zusammenführen und uns für die kommenden vier Jahre strategisch und gewerkschaftspolitisch ausrichten.

Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller hat erklärt, dass er nicht noch einmal für das Amt des Landesvorsitzenden kandidieren wird. Mit ihm scheiden Jörg Schuhmacher, Wolfgang Link und Jürgen Aschenbrenner ebenfalls aus dem GLBV aus.

BLITZERAKTIONISMUS – RENTSCH vs AL-WAZIR

DIE VERKEHRSSICHERHEIT WIRD ZUM SPIELBALL DER PARTEIEN



Feste Blitzer in Hessen...

Letzte Woche musste ich in der Oberhessischen Presse lesen, dass der neue Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir gedenkt, die Hinweisschilder auf Radaranlagen wieder entfernen zu lassen. Zunächst dachte ich an einen Aprilscherz, aber das dauert ja noch ein wenig. Also überlegte ich mir, ob es sich doch um einen Schildbürgerstreich handelt. Vor der Wahl geht ein FDP –Minister im Wahlkampf auf Stimmenfang und lässt Schilder aufstellen, die vor Radaranlagen warnen. Angeblich, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Jetzt, nach der Wahl, kommt ein neuer Minister daher und will die Schilder wieder entfernen lassen. Auch aus Verkehrssicherheitsgründen? Der Streit um die Geschwindigkeitsmessungen im Nordkreis Marburg-Biedenkopf (B 252) und die in diesem Zusammenhang irreführende Geschwindigkeitsregelung machte in jüngster Vergangenheit Schlagzeilen. Ich persönlich lehne die Überwachung des fließenden Verkehrs durch Kommunen odervon ihnen Beauftragten ab.

B E G R Ü N D U N G :

Die Überwachung des fließenden Verkehrs sollte im Zu-



...Spielball der Politik

ständigkeitsbereich der Polizei bleiben. So auch die Geschwindigkeitskontrolle ausschließlich bei:

- **Besondere Gefahrenstelle**
- **Unfall Schwerpunkte**
- **Kindergärten, Schulen (Schulwegsicherung)**
- **Altenheime, Krankenhäuser (Lärmschutz)**

Bei Kontrollstellen mancher Kommunen erschließt sich mir nicht, warum an dieser oder jener Stelle gemessen wird. Ein wesentlicher Punkt in dieser Sache ist jedoch, dass die „Verkehrserziehung“ völlig auf der Strecke bleibt. Die Polizei muss die Geschwindigkeitsmessung mit möglichst gleichzeitiger „Anhaltekontrolle“ durchführen und den Autofahrer ansprechen. Wenn die Fahrerin oder der Fahrer, der eine Übertretung begangen hat, vor Ort über den Verstoß belehrt wird, wie es das Gesetz vorsieht, wächst auch die Akzeptanz beim Verkehrsteilnehmer, dass der Verstoß mit einem Verwarnungsgeld oder gar einem Bußgeld geahndet wird.

Nicht aber, wenn eine „Säule“ einen Verstoß feststellt und dem oder der

Verantwortlichen nach Wochen ein Bescheid mit einer Zahlungsaufforderung ins Haus flattert. Dann gibt es kein Unrechtsbewusstsein mehr. Die Einsicht fehlt und der Verkehrsteilnehmer fühlt sich „abgezockt“.

Die Polizei kann diese Arbeit aber nicht leisten, da ihr das Personal dafür fehlt. Statt Stellen zu schaffen, soll weiter Personal abgebaut werden. Dafür zeichnet die Politik verantwortlich, mit Hinweis auf die „Schuldenbremse“.

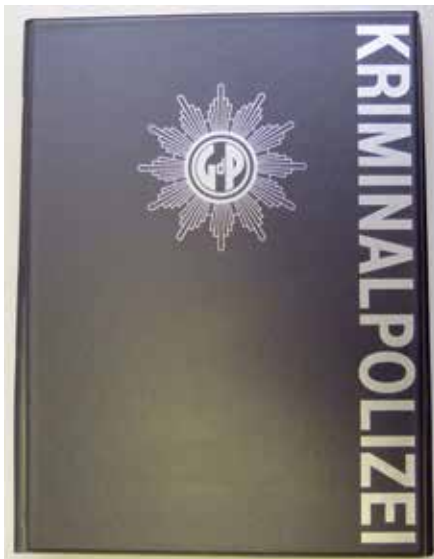
Die Maßnahme, Radarwarnschilder erst aufbauen und dann wieder abbauen, ist sinnlos, kostet die Allgemeinheit viel Geld und trägt nicht zum Abbau der Schulden bei. Vor Allem dient sie nicht der Verkehrssicherheit. Da sollte man besser die Experten der Polizei fragen.

Lothar Luzius



Der Stein des Anstoßes

SERVICE: KLADDEN FÜR KRIMINALPOLIZEI



Die GdP Bezirksgruppe Mittelhessen hat für die Kolleginnen und Kollegen der Kripo eine ausreichende Anzahl der neuen „Kripo-Kladden“ bestellt. Alle Mitglieder aus dem Bereich der Kriminalpolizei können sich die Kladden im Personalratsbüro abholen.

Ein Service der Gewerkschaft der Polizei – Bezirksgruppe Mittelhessen.



GdP – FACHVORTRAG „NEUES DIENSTRECHT“ 20. MÄRZ, 09.00 UHR, SAAL FLORENZ

Am 1. März trat das neue Dienstrecht in Kraft. Das Dienstrechtsmodernisierungsgesetz 2, kurz DRModG 2. Es haben sich wichtige neue Regelungen im Bereich der Versorgung und Besoldung ergeben.

Da es in der Vergangenheit schon zu zahlreichen Rückfragen gekommen ist, veranstaltet die GdP Bezirksgruppe Mittelhessen eine Informationsveranstaltung zu diesem Thema. Insbesondere die Änderung der Besoldungstabellen und Reduzierung der Erfahrungsstufen sorgt derzeit für Gesprächsstoff. Sind hierbei finanzielle Einbußen zu erwarten?

Wir konnten Karsten Partes von der Hessischen Polizeiakademie (HPA) für diesen Fachvortrag gewinnen. Herr Partes ist Fachlehrer für Dienstrecht an der HPA.

Die Veranstaltung findet am Donnerstag, dem 20. März 2014, um 09.00 Uhr im Polizeipräsidium Mittelhessen, Saal -Florenz statt. Ende der Veranstaltung ca. 13.00 Uhr.

PP Schweizer hat den Vortrag als dienstliche Veranstaltung genehmigt.



DIE FRAUENBEAUFTRAGTEN BEIM PP MITTELHESSEN

Mehr als die Hälfte aller Abiturienten sind weiblich, fast die Hälfte der Hochschulabsolventen auch. Danach aber hängen die Männer das weibliche Geschlecht mühelos ab. Das berufliche Fortkommen von Frauen dauert oft länger, und nur selten führt der Weg in die Chefetage. Dieses Erscheinungsbild spiegelt sich auch im öffentlichen Dienst Hessens wieder. Auch hier sind Frauen in höheren bzw. leitenden Funktionen deutlich unterrepräsentiert. Sowohl im gehobenen als auch im höheren Dienst gibt es noch lange keine paritätische Besetzung mit Frauen.

Hessen hat zur Erreichung der Chancengleichheit der Geschlechter im öffentlichen Dienst ein Gleichberechtigungsgesetz, das HGLG geschaffen um deren Einhaltung sich die Frauenbeauftragte kümmert.

POK'in Kerstin Wöhe und ihre Vertreterinnen Andrea Ballatz vom ZK 42, sowie Anja Assmann von der Pst. Grünberg haben diese Aufgabe im PP Mittelhessen übernommen. Eine der wichtigsten Aufgaben der Frauenbeauftragten ist die interne Kontrollfunktion, d.h. sie überwacht die Durchführung dieses Gesetzes.



v.l. Anja Assmann, Andrea Ballatz, Kerstin Wöhe

Der Überwachung unterliegen alle Maßnahmen und Unterlassungen, die sich auf die Chancengleichheit des Zugangs von Frauen und Männern zu öffentlichen Ämtern auswirken.

Dies bezieht sich auf die Einhaltung aller Vorschriften des HGLG, insbesondere auf die Kontrolle der Durchführung des Frauenförderplans. Der Überwachungsauftrag setzt keine frauenspezifische Komponente voraus, d.h. die Frauenbeauftragte hat das Diskriminierungsverbot auch dann geltend zu machen, wenn Männer aus Gründen ihres Geschlechts benachteiligt werden. Die Frauenbeauftragte soll als unab-

hängige Stelle ihre Auffassung von der richtigen Umsetzung des HGLG und der auf seiner Grundlage zu treffenden Maßnahmen Entscheidungen entwickeln und der Dienststellenleitung zur Durchführung empfehlen.

Die Erfüllung dieser Aufgabe erfolgt frei von dienstlichen Weisungen, d.h. in fachlicher Unabhängigkeit. Die Frauenbeauftragte ist an allen Maßnahmen zu beteiligen, die das HGLG betreffen. Die Beteiligung erstreckt sich auf alle personellen, sozialen und organisatorischen Maßnahmen, die sowohl Beamtinnen und Beamte, Angestellte sowie Arbeiterinnen und Arbeiter betreffen.

Die Beteiligung der Frauenbeauftragten erfolgt insbesondere bei:

- Erstellen bzw. Änderung von Frauenförderplänen
- Stellenausschreibungen (z.B. Anforderungsprofil, Form der Publikation etc.)
- Auswahlverfahren bei Einstellungen, Beförderungen
- Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber
- Vorstellungsgespräche
- Umsetzungen, Versetzungen
- Entlassungen, Kündigungen
- Auswahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen
- Arbeitszeitreduzierung, Flexibilisierung von Arbeitszeiten
- Beurlaubung aus familiären Gründen
- Dienstvereinbarungen
- Gestaltung von Arbeitsplätzen

Jedes Jahr können die Frauenbeauftragten auch eine Frauenversammlung durchführen. Zu unserer ersten Frauenversammlung hatten wir Frauenbeauftragten im vergangenen Jahr am 24.09.2013 in den Saal Florenz eingeladen. Als Hauptthema stand bei dieser Versammlung der Versorgungsausgleich auf dem Programm. Hierzu konnte Diane Scharrlach vom HMDIS, Referat Versorgung, als Referentin gewonnen werden, die über das Thema Versorgung und Versorgungsausgleich referierte und so manchen Kolleginnen die Folgen einer Teilzeitbeschäftigung vor Augen führte. Auch in diesem Jahr ist aufgrund der positiven Resonanz eine weitere Frauenversammlung geplant.



Weiterhin ist dieses Jahr geplant eine Brückentagsbetreuung am 20. Juni 2014 für Kinder im Alter von 6 – 11 Jahren anzubieten, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch an Brückentagen zu gewährleisten, wenn die Schulen geschlossen haben. Hierzu können sich alle, die Bedarf haben, über das Postfach oder telefonisch an die Frauenbeauftragten wenden.

HESSISCHE POLIZEI VERLIERT 0 : 412.000.000

Dies ist das traurige Ergebnis des Finales 2013. Dabei kann der Mannschaft der hessischen Polizei überhaupt kein Vorwurf gemacht werden. Hat sie doch bis zuletzt alles gegeben und gekämpft und schließlich ein erstklassiges Ergebnis erzielt. Aber eine Belohnung bleibt aus und nun droht der Abstieg aus der 1. Liga. Fair - ist das nicht.

Das traumhafte Ergebnis unserer Mannschaft ist eine Aufklärungsquote mit Blickrichtung 60 % bei weiter sinkenden Fallzahlen. Dies sind die Kennzahlen einer Inneren Sicherheit, die auf der Welt ihresgleichen sucht und durch die hessische Polizei garantiert wird. Diese innere Sicherheit, und hier wiederhole ich mich ganz bewusst, schenkt unseren Kindern, Familien und Freunden ein unbeschwertes und bildungsstarkes Leben und lässt die hessische Wirtschaft erblühen.

Dieser wirtschaftliche Garten Eden erbrachte dem hessischen Staat im Dezember 2013 eine Steuermehreinnahme von 412.000.000 Euro, 18 % mehr als im Vorjahr. Aber wie so oft, werden die polizeilichen und kriminalistischen „Handwerker“, die dem Garten die Ruhe zum Gedeihen schenken, vergessen.

Gewinnbeteiligung ist in der freien Wirtschaft ein anerkanntes Instrument zur Förderung der Identifikation mit dem Unternehmen und zur Stärkung

der Motivation sowie eine materielle Anerkennung für erbrachte Leistung.

Wenn die Angehörigen der hessischen Polizei im Jahr 2013 zurecht zittern müssen, ob der neue Tarifvertrag inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen wird, damit wenigstens die Inflationsrate ein kleines Stück ausgeglichen wird, dann hat das nichts mit materieller Anerkennung zu tun.

Wenn der hessische Staat seinerseits mit 412 Millionen Euro mehr am Gewinn der Wirtschaft beteiligt wird und gleichzeitig bereits medial die kommenden Nullrunden der Beamtinnen und Beamten durch die eben gewählte neue Landesregierung diskutiert, ist dies ein Foul, das die rote Karte verdient. Es sind auch Polizistinnen und Polizisten, die CDU und/oder Die Grünen gewählt haben und nun fassungslos beobachten müssen, wie mit dem Vertrauensvorschuss ihrer Stimme umgegangen wird.

Wenn weiterhin die innerorganisatorische Perspektivlosigkeit nicht durch eine institutionelle Anerkennung aufgrund besserer Beförderungsmöglichkeiten durchbrochen wird, sinkt weiter die Identifikation mit der Organisation und die persönliche Berufung, Polizistin oder Polizist zu sein, schwindet.



Swen Eigenbrodt

Wenn weiterhin „Schweigen bedeutet bei uns Lob“ das Credo ist, wird auch die letzte intrinsische Motivation verkümmern. Dabei ist es gerade diese intrinsische Motivation, die die Kolleginnen und Kollegen trotz Informationsfluten, Arbeitsmehrbelastung, Verwaltungsverdichtung, Personalmangel, Perspektivlosigkeit und realen Gehaltseinbußen in der letzten Dekade dazu bewegten, dieses sensationelle Ergebnis messbarer innerer Sicherheit zu erarbeiten.

Ich sage zu meiner 7jährigen Tochter des Öfteren, solange ich laut bin und schimpfe, ist eigentlich alles in Ordnung. Schlimm ist es, wenn ich still werde.

Es ist still geworden in der hessischen Polizei.

Swen Eigenbrodt

VERSETZUNGEN UND UMSETZUNGEN IM FEBRUAR



Insgesamt vierundzwanzig Personalausweisungen konnten im PP Mittelhessen zum 01. Februar 2014 eingeplant werden. Sechzehn Besetzungsmöglichkeiten resultierten aus bestehenden Fehlstellen, fünf durch Versetzungen zu anderen Behörden und drei durch die Zuweisung von sogenannten Programmstellen.

Nachdem schon Anfang September 2013 die Ausschreibung mit einer fünfwöchigen Bewerbungsfrist erfolgte, bewarben sich insgesamt 82 Kolleginnen und Kollegen. Die Ausschreibung war wiederum mit dem Passus versehen „im Wechselschichtdienst - vorrangig zu besetzen im Bereich der Polizeidirektion Wetterau“. Auf Grund des zwischenzeitlich neu in Kraft gesetzten Versetzungserlasses und den damit verbundenen Änderungen im Bereich der Mindestverweildauer musste die Bewerbungsfrist sogar noch bis Mitte November verlängert werden.

Erst danach konnte unter Einbeziehung der Belastungsberechnungen in den Dienststellen eine Personalverteilung durch die Abteilung Verwaltung (V 3) in Abstimmung mit der Frauenbeauf-

tragten, der Schwerbehindertenvertretung und dem Personalrat erfolgen.

Am Montag, den 03.02.2014, konnten die „Neuen“ dann traditionell im Saal Florenz durch PP Schweizer begrüßt werden. Die vorherigen Dienstorte lagen in den Bereichen der Präsidien Frankfurt, Südhessen, Südosthessen, Westhessen und Bereitschaftspolizei. Nach einer kurzen Präsentation des mittelhessischen Präsidiums durch die Abteilung Einsatz (E 2) erfolgte die Durchführung eines neuen Begrüßungskonzeptes. Nach der Aufteilung in Gruppen wurden eingerichtete „Infoinseln“ nacheinander besichtigt. Dies waren Infostände der einzelnen Direktionen im Saal Florenz sowie die Bereiche Zentrale Dienste (Z1), Abteilung Einsatz (E 1, E 3 und E 4), Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Gesundheitsmanagement, Personalrat, Personalberatung und Frauenbeauftragte. In Gesprächen mit den „Neuzugängen“ wurden die Informationsveranstaltungen zum Kennenlernen der neuen Wirkungsstätte überwiegend positiv bewertet. Zeitgleich, aber ohne großes Aufsehen, trafen die innerhalb des mittel-

hessischen Präsidiums umgesetzten Kolleginnen und Kollegen auf ihren neuen Dienststellen ein, sofern nicht schon am davor liegenden Wochenende Dienst zu verrichten war. Dreiunddreißig Umsetzungswünsche in Richtung „Heimatkäse“ konnten berücksichtigt werden und somit Familienzusammenführungen bzw. Reduzierungen der Fahrtzeiten erfolgen. Bereits zum Jahresanfang waren aus dienstlichen Gründen schon drei Umsetzungen erfolgt.

Insgesamt lagen 213 Umsetzungswünsche vor, wobei überwiegend bis zu drei Wünsche von einer Bewerberin oder einem Bewerber genannt wurden. Nach wie vor besteht großes Interesse an einer Umsetzung aus dem Bereich der Polizeidirektion Wetterau in Richtung der Endverwendungsdienststellen. Da zum Schutz der Dienststellen nur maximal fünf Umsetzungen pro Halbjahr vollzogen werden sollen (außer den sogenannten Kopfdienststellen, dort zehn Möglichkeiten pro Halbjahr), ergab es sich wiederum, dass Zuversetzungen aus den oben genannten Präsidien auch in andere Direktionen erfolgten. -H.S.

GEWALT GEGEN POLIZISTEN ALS ANGRIFF AUF DEN RECHTSSTAAT

VORSTELLUNG EINER NEUEN STUDIE VON KAROLINE ELLRICH, KRIMINOLOGISCHES FORSCHUNGSMITTEL NIEDERSACHSEN (KFN)

Die neuste wissenschaftliche Studie zu dem Thema „Gewalt gegen Polizei“ wurde im Februar dieses Jahres in Potsdam vorgestellt. Die Studie befasste sich mit der Gewalt gegen die Polizei in Niedersachsen im Betrachtungszeitraum März 2012 bis März 2013. Es wurden 5 Polizeidirektionen in die Untersuchung einbezogen. Insgesamt wurden 1943 Fragebögen ausgewertet. Die Teilnahmequote lag bei 40 %.

Keine Gewalt



gegen Polizisten!

Aus der Untersuchung ging auch hervor, dass 31,6 % der Befragten burnoutgefährdet sind. Um es vorweg zu nehmen: Es gibt keine Entwarnung. Die Gewalt gegen die Polizei in Deutschland ist weiterhin auf einem beklagenswert hohen Niveau.

In einem Fünfjahreszeitraum erlitt jeder 8. Polizeibeamte einen Gewaltübergriff mit Dienstunfähigkeit. Besonders gefährdet sind Männer in Einsatzeinheiten wie Revieren und Stationen.

Die häufigsten Gründe für Übergriffe ergaben sich bei Festnahmen, Streitigkeiten oder Schlägereien.



Rückblickend wurde festgestellt, dass der Anstieg der Gewalt gegen die Polizei zwischen 2005 bis 2009 durch zunehmende Respektlosigkeit, Polarisierung und Auseinanderentwickeln der Milieus begründet ist.

Die polizeilichen Einsätze bei häuslicher Gewalt stellen das größte Risiko dar. In diesen Situationen ist kompetentes Einsatzverhalten am schwierigsten umzusetzen. Gleichzeitig ist aber auch festzustellen, dass kompetentes Einsatzverhalten der beste Verhinderer von Gewalt gegen die Polizei ist.

Einer von drei Einsätzen bei häuslicher Gewalt hat auch Gewalt gegen die Polizei zur Folge! Interessant dabei ist die Feststellung, dass feste Streifenpartner das Risiko erhöhen.

Dabei wurden als größter Risikofaktor ein auffälliges Gegenüber identifiziert. Besonders wenn Alkoholeinfluss, Drogeneinfluss, psychisch auffälliges Verhalten, vorherige Gewalt oder eine kriminelle Vorgeschichte zu Grunde liegen, ist die Wahrscheinlichkeit, Gewalt zu erleben, für die Polizei am größten. Emotionale Erschöpfung und hohe Arbeitsanforderungen gehen mit einem höheren Übergriffsrisiko einher.

Auch der Leiter des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e. V. (KFN), Prof. Dr. Christian Pfeiffer, hat sich betroffen über die zunehmenden Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten in Deutschland geäußert.

"Wir sehen mit Sorge aus unseren Daten, dass bei einer insgesamt stabilen Situation wir einen Bereich



Karoline Ellrich vom KFN

haben, der zunimmt, die Gewalt gegen Polizeibeamte aus staatsfeindlichen Einstellungen heraus. Bei Demonstrationen wird das besonders deutlich erkennbar, aber manchmal auch bei Festnahmen im Bereich der Migration. Da treten Menschen der Polizei entgegen, die prinzipiell was gegen die Uniformierten haben und dagegen, dass der Staat seine Regeln, wenn es nicht anders geht, auch mit Gewalt durchsetzen muss".

Die Gewerkschaft der Polizei wird die Gewalt gegen die Polizei weiter im Auge behalten und die Entwicklung wie auch die staatlichen Gegenmaßnahmen konstruktiv begleiten.

AG



„DEUTSCHLAND WEIT DAVON ENTFERNT, NUR ABSTRAKT BEDROHT ZU SEIN“

BKA-VIZEPRÄSIDENT STOCK REDET ALS GAST VON ‚PRO POLIZEI WETZLAR‘ KLARTEXT ZUR SICHERHEITSLAGE IM LAND:

Prof. Stock ist in Wetzlar aufgewachsen, hat hier sein Abitur gemacht und hat auch einige Jahre bei der Kriminalpolizei Wetzlar gearbeitet. Bereits vor sechs Jahren hat er über dieses Thema anlässlich der Jahreshauptversammlung des Wetzlarer Vereins „Pro Polizei“ referiert. Nun konnte er an seinem vor sechs Jahren gezogenen Fazit "Das Bedrohungsszenario ist vielfältig und die Bedrohungslage nimmt leider nicht ab", nahezu nahtlos anschließen.

Und dies, so Stock, angesichts der insgesamt sehr erfreulichen Tatsache, dass Deutschland zu den sichersten Ländern der Welt gehöre, was vor allem auch an einer gut ausgebildeten, ausgestatteten, engagierten und motivierten Polizei liege, die mit ihren im internationalen Vergleich hohen Standards vergleichsweise erfolgreich arbeite.

Das gilt laut BKA-Vizepräsident speziell auch für Hessen und, nochmals heruntergebrochen, für Mittelhessen. So sind laut Stock seit 2006 in Deutschland, wenn auch nicht alle – zum Beispiel der Anschlag auf den Bus mit amerikanischen Soldaten am Frankfurter Flughafen –, so doch ein knappes Dutzend terroristisch motivierte Anschläge verhindert worden – Stichworte "Sauerlandgruppe" und "Kofferbomber". Das sei zum Teil der guten Ermittlungs- und Aufklärungsarbeit schon im Vorfeld geschuldet, aber auch das "Glück" habe eine nicht unbedeutende Rolle gespielt, weil etliche der deponierten und hochgefährlichen Sprengsätze nicht zündeten. **"Wir sind weit davon entfernt, nur abstrakt bedroht zu sein. Wir müssen uns klar darüber sein,**



Von links: Matthias Hundertmark, BKA-Vizepräsident Prof. Dr. Jürgen Stock, Hans-Jürgen Irmer und Gerhard Homrighausen.

dass Deutschland akut bedroht ist. Jeden Tag kann etwas passieren", ließ Stock aus Sicht der Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden auch nicht den Anschein einer "heilen Welt" aufkommen.

So versuche allein das Bundeskriminalamt aktuell etwa 1000 Personen im gesamten Bundesgebiet, überwiegend im Westen des Landes, zu beobachten, "auf dem Radar zu behalten". Dabei handele es sich um etwa 700 gewaltbereite "Gefährder" und 300 "Unterstützer. Hinzu käme noch der Bereich der Salafisten, innerhalb derer die Grenzen zwischen mehr oder weniger radikalen Mitgliedern und Sympathisanten fließend seien. Klar ist laut Stock allerdings, dass ein "Radikalisierung jederzeit möglich" ist. Bei allen Aktivitäten des BKA ist die oft entscheidende Hinweise liefernde Mitarbeit aus der Bevölkerung heraus unverzichtbar. Und das nicht nur in Bezug auf Terrorismus, sondern auch im Blick auf viele andere

relevante, bedeutende und Probleme bereitende Kriminalitätsfelder. Organisierte Kriminalität mit mafiösen Strukturen und konkreten Verbindungen ins Ausland seien hierzulande Realität. "Deutschland ist nicht nur Ruhe- und Rückzugsraum beispielsweise der italienischen Mafia, sondern Tatort."

Weitere organisierte Kriminalität komme aus Russland, den UdSSR-Nachfolgestaaten und weiteren asiatischen Ländern. Reisende Tätergruppen aus Osteuropa hätten sich beispielsweise auf Wohnungseinbrüche spezialisiert: "Die Zahlen schießen quer durch Deutschland hoch." Die "Reisetätigkeit" international aktiver Krimineller finde in sehr gut vernetzten Strukturen und unter Verwendung modernster Technologie statt, wobei die Polizei in vielen Fällen leider "technisch nicht mithalten kann".

Die technische Ausstattung der deutschen Polizei sei zwar hoch, "muss aber dringend weiter steigen".

Als weitere Problemfelder benannte Stock "Rocker-Gruppierungen", bei denen es keineswegs um "Motorradromantik", sondern um "knallharte Kriminalität" gehe. Gleiches gelte für die "Call-Center-Problematik, die es mit ihren Aktivitäten insbesondere auf ältere Mitbürger abgesehen habe. Die zunehmende Cyber-Kriminalität und die allgemein in der Gesellschaft zunehmende

Gewalt waren weitere Stichworte.

Die "Anti-Terror-Datei" sei dabei ebenso hilfreich wie ein gemeinsames "Internetzentrum", um bei der "Masse an Informationen" den Durchblick zu behalten. Selbstverständlich stehe das mit den Verfassungsschutzbehörden der europäischen Länder wie auch weltweit in Verbindung. Zugleich versuche das BKA an der

wahrlich nicht immer leichten Aufgabe, "rechtsstaatliche Polizeiarbeit" in viele andere Länder der Welt zu vermitteln, um diese Staaten "kriminalistisch voranzubringen" mit dem Ziel, dass nicht erst gehandelt werde, "wenn die Probleme und Gefahren aus afrikanischen oder asiatischen Ländern nach Deutschland kommen".

Quelle: Pro Polizei Wetzlar

UMGANG MIT MITARBEITERINNEN UND MITARBEITERN MIT PSYCHOSOZIALEN FRAGESTELLUNGEN ODER PSYCHOSOZIALEN ERKRANKUNGEN

AM DONNERSTAG, 6. FEBRUAR 2014, FAND IM SAAL FLORENZ ZUM ZWEITEN MAL EINE INTERNE FORTBILDUNGSVERANSTALTUNG FÜR FÜHRUNGSKRÄFTE DES HÖHEREN UND GEHOBENEN DIENSTES ZUM DEM THEMA STATT.



Nadine Breimer-Haas und PP Schweizer

Initiiert und unterstützt durch die Behördenleitung, umgesetzt durch Personalberatung und durchgeführt von PsychOR'in Nadine Breimer-Haas vom ZPD erhielten die Teilnehmer/innen einen interessanten Einblick in die Thematik. Zunächst wurde auf das Erkennen von und den Umgang mit psychischen Erkrankungen eingegangen. Weitere Schwerpunkte waren: Fürsorgeverantwortung, Führungsverhalten, Prävention, Gesprächsführung,

akute Krisen, Rückkehr an den Arbeitsplatz, Unterstützungsangebote für Führungskräfte sowie Ansprechstellen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Organisation.

In der sehr lebendig gestalteten dreistündigen Veranstaltung wurde die Wichtigkeit der dabei angesprochenen Themen für eine kompetente und sozialadäquate Wahrnehmung von Führungsverantwortung klar hervor gehoben.

Eine dritte Veranstaltung wird eventuell im Herbst 2014 stattfinden. Der genaue Termin wird rechtzeitig bekanntgegeben. Die Behördenleitung unterstützt die Fortbildung ausdrücklich und bittet um entsprechende Teilnahme der Führungskräfte.

Bei weiteren Fragen können Sie sich gerne an Elvira Wildenhain oder Ulrich Scherer von der Personalberatungsstelle wenden.

Ulrich Scherer



DOPPELKOPFTURNIER 2014 DER GdP KREISGRUPPE GIESSEN – WETZLAR

Im bereits bewährten Austragungsort Schützenhaus Wetzlar-Nauborn wurde wieder einmal am „letzten Freitag des Januars“ das Doppelkopfturnier mit 46 Teilnehmern (17 Frauen/29 Männer) durchgeführt. Die Organisation lag in diesem Jahr in den Händen von Ute Schaft-Paetow, Christiana Bauer und Holger Schmidt. Die Turnierleitung übernahm von den Treiser Doppelkopffreunden Uwe Weimar. Trotz einer aus der unglücklichen Teilnehmerzahl resultierenden Notwendigkeit, zwei Tische mit fünf Personen besetzen zu müssen, konnte die drei Spielrunden mit jeweils 16 Spielen am Vierer-Tisch (zwanzig Spiele am Fünfer-Tisch) zügig durchgezogen werden. Nach fünfeinhalb Stunden Re, Kontra, Hochzeit, Soli's, Dulle fangen usw. stand das Ergebnis fest. Der letzte Platz wurde mit Minus 101 Punkten belegt, eine Namensnennung erfolgt hier nicht.

Auf dem ersten Platz landeten mit 110 Punkten gleich drei Mitspieler: Mike Dold aus Reiskirchen-Saasen,



dem auf Grund seiner Zugehörigkeit zur Doko-Kooperation auch der erste Stern überreicht wurde. Weiterhin erreichten dieses Traumergebnis Jörg Klein aus Gießen und ein Polizeibeamter, der namentlich nicht erwähnt werden möchte. Die beste Mitspielerin war Michèle Bräuning.

Das Startgeld wurde in Preisgelder umgewandelt, so dass für die Plätze 1 – 10 ein Bargeldpreis überreicht werden konnte. Der Mitspielerin und dem Mitspieler mit dem schlechtestem Punkteergebnis wurde jeweils ein Gürkenglas überreicht.

In den Pausen stand ein deftiges Buffet zur Stärkung bereit. Die professionelle Abwicklung und die gemeinsam erarbeiteten Regeln sorgten für einen reibungslosen Ablauf des Turniers. Den Verantwortlichen des Schützenvereins Nauborn wurde herzlich für die Unterstützung und den guten Service gedankt.

Das nächste Turnier der „Doppelkopffreunde Mittelhessen“ findet am 28.03.2014 in Großen-Buseck, Gasthaus „Alte Schmiede“ statt, Anmeldung unter dokohexen@aim.com
Holger Schmidt



Spielbetrieb im Schützenhaus und die Sternüberreichung an Mike Dold durch Uwe Weimar und Holger Schmidt

KG DILLENBURG/HERBORN BESUCHTE SELIGENSTADT

BUNTES PROGRAMM IN DER STADT AM MAIN



Teilnehmer der Tagesfahrt nach Seligenstadt

Der Kreisgruppenvorsitzende Michael Kaiser hatte in der Vorweihnachtszeit einen Tagesausflug organisiert. Ziel war das historische Seligenstadt am Main. Ein abwechslungsreiches Programm erwartete die 37 Teilnehmer starke Reisegruppe. Es war Jedem freigestellt, an den einzelnen Punkten teil zu nehmen. Es waren aber fast Alle überall dabei. Am Abend kehrte man dann mit vielen neuen Eindrücken zurück.

In den verschneiten Orten Dillenburg und Herborn startete der Bus am Morgen. Berthold Bietz verteilte Anstecker, bei denen ein kleines blaues Licht blinkte. Mit dem Verteilen hatte er weniger Arbeit, als mit den Erklärungen, wie man das Ganze zusammen baut. Bereits im Bereich Wetzlar war es schon mit der weißen Pracht vorbei. Zum Glück für die Reisegruppe gab es dann den ganzen Tag weder Schneefall noch Regen. Dass auch

die moderne Technik ihre Tücken hat, erfuhr an diesem Tag der Busfahrer. Sein neues Navigationsgerät leitete ihn nicht auf den Busparkplatz. Wir standen plötzlich vor der Mainfähre. Direkt auf der anderen Seite lag in der Altstadt von Seligenstadt unser erstes Ziel. Es wurde kurzfristig umgeplant. Die Reisegruppe bestieg die Fähre und der Busfahrer suchte sich allein seinen Parklatz auf der anderen Mainseite. So überquerten wir nicht nur den Main, es war auch ein Grenzübertritt von Bayern nach Hessen. Später erfuhren wir, dass eine Bürgerinitiative an dieser Stelle eine Brücke verhindert hat. Man wollte die altgewohnte Fähre behalten.

Nach einem ganz kurzen Fußweg erreichten wir das Restaurant „Zu den Drei Kronen“. Hier erwartete uns ein reichhaltiges Frühstück. Irgendwann ist jeder satt und es war noch einiges an Zeit übrig, bis eine geführte Stadt-

besichtigung beginnen sollte. Auf Empfehlung von Michael Kaiser besuchten wir die Basilika. Diese lag dem Restaurant direkt gegenüber. Es sang der „Chor an der Basilika“ eine halbe Stunde Lieder zum Advent. Ein großer gemischter Chor mit tollen Stimmen ließ weihnachtliche Lieder erschallen.

Zwei Stadtführerinnen übernahmen je die Hälfte unserer Gruppe. An verschiedenen Orten der Stadt, in den Straßen, an der Stadtmauer, der Basilika, dem Klostergarten und dem Stan-



Überfahrt mit der Fähre



Auf der Fähre – im Hintergrund die Basilika

desamt gab es vielfältige Informationen zur Geschichte und Gegenwart. Diese wurden locker und unterhaltsam vorgetragen. Man erfuhr, dass bereits die Römer ein Kastell auf dem Gebiet des heutigen Seligenstadt hatten. Durch den Allemannenansturm zogen sie sich hinter den Rhein zurück. Es entstand die Siedlung Mulinheim (Mühlheim). Der Schreiber Karls des Großen, Einhard, begründete ein Benediktinerkloster und errichtete die Basilika, das Wahrzeichen der Stadt. Da dort die Gebeine von zwei Märtyrern aufbewahrt werden, wurde aus Mühlheim Seligenstadt. Im Standesamt erfuhr die Reisegruppe dann, dass dies ein Gebäude aus der Zeit von Kaiser Friedrich Barbarossa ist. Barbarossa hielt 1188 einen Hoftag in Seligenstadt ab und erbaute ein Paladium. Der Weg durch die Stadt führte an historischen Fachwerkbauten vorbei. Die Stadtführerinnen erzählten zu dem ein oder anderen Gebäude Geschichten aus seiner Vergangenheit.

Nächster Programmpunkt war eine Brauereibesichtigung. Wir besuchten die kleine Privatbrauerei Glaabs, ein Familienunternehmen seit 1744. Die Führung übernahm ein ehemaliger Braumeister von Glaabs; ein Mann in den besten Jahren, der jetzt nur noch als freier Mitarbeiter beschäftigt ist. Das kleine Unternehmen kann ihn sich als fest Angestellten nicht mehr leisten. Auch die Flaschenabfüllung erfolgt außerhalb. Eine notwendige Erneuerung der eigenen Anlage war finanziell nicht möglich. Wir stellten uns die Frage, wie lange die Brauerei wohl noch bestehen wird, bevor sie ein großes Unternehmen schluckt. Der Braumeister erklärte sachkundig bei einem Rundgang alles, was mit der Herstellung von Bier zu tun hat. Jeder bekam noch einen Glaskrug geschenkt (Vermutlich hat sich der Braumeister gesagt, bevor Jeder einen klaut und noch ein schlechtes Gewissen hat, sollen sie ihn geschenkt bekommen). In einer urigen, gemütlichen Gaststube war nach der Theorie die Praxis angesagt. In dem Raum waren wir unter uns. Nach all dem

anstrengenden Lauschen von Chorgesang, Erklärungen zur Geschichte von Seligenstadt und Bierherstellung war auch der nötige Durst vorhanden.

Als wir die Gaststube verließen, war es schon dunkel. Drei Stunden standen nun bis zur Heimreise zur freien Verfügung. Jeder schlenderte nach eigenem Plan über den Weihnachtsmarkt in der historischen Altstadt. Alle Plätze in den Altstadtkeipen waren reserviert. So wurde der Aufenthalt auf dem Weihnachtsmarkt von Einigen doch als recht lange empfunden. Es bestand auch die Gelegenheit, das hessische Polizeiorchester im Innenhof des Rathauses zu hören. Pünktlich fanden sich alle auf dem Busparkplatz ein. Zielsicher leitete nun auch das Navi den Busfahrer in die Heimat. Wer bei diesem Ausflug nicht dabei war, hat etwas versäumt. Der fünfziger Bus hätte durchaus voll besetzt sein können. Zum Abschluß ein herzliches Dankeschön an die Organisatoren.

Harald Dobrindt

heinemann
OPTIK & AKUSTIK

2 x in Wetzlar | Braunfels | 2 x in Weilburg

Kontaktlinsen
Brillen
Sonnenbrillen

Hörgeräte
Gehörschutz
und mehr!

Genießen Sie Ihr Leben mit allen Sinnen!
Unsere Experten beraten Sie gern, damit Sie Ihre individuelle Lösung finden.

Wetzlar am Klinikum
Forsthaus-Str. 1E | 06441 - 2091682
Wetzlar Langgasse 23 | 06441 - 45064
Weilburg Langgasse 30 | 06471 - 7157
Weilburg Am Steinbühl 4b | 06471 - 7157
Braunfels Wetzlarer Str. 1 | 06442 - 6465

Neu ab November 2013
Besuchen Sie unsere neue Filiale in Hermannstein, Lohrerstraße 1

WEIHNACHTSMARKTFAHRT DER GdP-KREISGRUPPE MARBURG – BIEDENKOPF NACH WIESBADEN



Die Vertreter der Kreisgruppe Marburg-Biedenkopf vor der Abtei der Hildegard von Bingen

Am 30. November 2013 fand die schon traditionelle Weihnachtsmarktfahrt der Kreisgruppe Marburg – Biedenkopf statt. An der Polizeidirektion Marburg – Biedenkopf startete ein vollbesetzter Reisebus der Firma Bus – Lauer in Richtung Süden. Das Reiseziel war zunächst die Abtei der Hildegard von Bingen, hoch über Rüdesheim gelegen. Da es bis dorthin ein weiter Weg war,

durfte ein Frühstück zwischendurch nicht fehlen. Also wurde der Rastplatz Weilbach an der A 66 angesteuert und ein Frühstücksbuffet aufgebaut. Die Teilnehmer staunten nicht schlecht, was da alles kredenzt wurde. Brigitte Hoyer, die Organisatorin und Reiseleiterin, hatte für ein hessisch/bayerisches Frühstück gesorgt, welches die Herzen höher schlagen ließ. Rundum gesättigt ging es dann weiter nach Rüdesheim zur Abtei Hildegard von Bingen. Die Reisegruppe wurde von zwei Ordensschwestern der dort lebenden Benediktinerinnen über das Klosterleben und ihren Tagesablauf informiert. Die Ausführungen waren sehr interessant, genauso wie die Besichtigung der Klosterkirche. Gestaut wurde über die lebhaftige und freundliche Art der Ordensschwestern sowie ihre positive und moderne Einstellung. Nach diesem kulturellen Teil der

Reise stand der Besuch des „Sternschnuppen – Weihnachtsmarktes“ in Wiesbaden auf dem Programm. Dieser stellte sich als ein Weihnachtsmarkt der schöneren Art dar und fand viel Lob bei den Besuchern. Nach einem ausgiebigen Besuch des Weihnachtsmarktes wurde die Heimreise angetreten. Diese wurde allerdings in Weimar – Argenstein noch einmal unterbrochen, um ein gemeinsames Abendessen in der „Ochsenburg“ einzunehmen. Dies war dann der krönende Abschluss an einem gelungenen Ausflugstag. Nicht unerwähnt soll bleiben, dass zum Gelingen des Tages unsere Kollegin Helga Kynast mit ihren Gedichten beigetragen hat. Ihr und Brigitte Hoyer ein ganz herzliches Dankeschön an dieser Stelle.

LL.



Heike Monk und Gisela Gnau

JAHRESABSCHLUSSFEIER

POLIZEIPENSIONÄRS-GEMEINSCHAFT BUTZBACH TRAF SICH IN GAMBACH

Zur ihrer Weihnachtsfeier hatte die Polizeipensionärs-Gemeinschaft Butzbach in die Gaststätte „Zum Adler“ in Münzenberg-Gambach eingeladen. Norbert Weisel freute es bei seiner Begrüßung besonders, dass der Saal bis auf den letzten Platz besetzt war. Anschließend ließ er die Veranstaltungen des zu Ende gehenden Jahres Revue passieren und stellte resümierend dazu die dauerhaft anhaltende große Resonanz bei allen Veranstaltungen fest. Danach schloss sich ein gemeinsames „Gänseessen“ an und auch der Koch durfte sich über Lobesworte freuen. Als Überleitung zu einem gemütlichen Nachmittag führte Dietmar Reichel seine über 10 Jahre andauernde fotografische Begleitung aller Veranstaltungen in Form einer Fotoschau vor. Bei Kaffee und Kuchen trug Birgit Weisel das Gedicht „Die Weihnachtsmaus“ und Erika Schulte ein Weihnachtsmärchen vor. Umrahmt wurde der Nachmittag mit Singen von Advents- und Weihnachtsliedern. Als aber Weihnachtsmann Norbert gerade „seinen Dienst be-



Norbert Weisel als Weihnachtsmann

gann“, blies ihm plötzlich und völlig unvorbereitet ein starker Wind ins Gesicht. Annelie Reichel war es, die ihm gehörig die Leviten las, da er sich doch jahrzehntelang ordnungs- und verkehrswidrig verhalte. Sie erntete damit viel Applaus und stimmte mit den Geschichten „Wie die Christose und Weihnachten entstand“ auf das bevorstehende Weihnachtsfest ein. Anschließend erhielt jedes Mitglied ein schönes Weihnachtspresent, u.a. mit einer von Manfred Blecher und Dietmar Reichel zusammengestellten Foto-DVD über die vergangenen 10 PPG-Jahre. Die Veranstaltung klang mit den besten Wünschen für ein friedvolles Weihnachtsfest und einen guten Start in ein gesundes neues Jahr und die besten Genesungswünsche für die erkrankten Mitglieder aus.

Dietmar Reichel

